

Liebe SVP-Familie, liebe Freunde

Wieder einmal sind wir aufgrund der aktuellen gesundheitlichen Situation gezwungen, die Delegiertenversammlung online und nicht persönlich abzuhalten. Ich hätte euch gerne persönlich getroffen, aber das müssen wir leider aufschieben. Hoffentlich klappt es dann endlich an der nächsten DV am 27. März 2021!

Dies ist ein entscheidendes Jahr für die Schweiz. Es stehen viele politische Herausforderungen vor uns, die unsere ganze Kraft erfordern werden.

Die Corona-Krise überschattet derzeit immer noch alles. Es beschäftigt und bedrückt mich, dass Menschen in diesem Land wegen der Pandemie schwer krank werden und sterben. Hier sind unsere tiefe Menschlichkeit und unser Mitgefühl gefragt. In der Krise sind bewährte Werte noch wichtiger als sonst.

Das Thema «Corona» ist zugleich hochpolitisch. Die SVP ist die einzige Partei in diesem Land, die auch hier kritisch bleibt und eine kohärente Virusbekämpfungsstrategie verfolgt. Uns geht es um zwei Dinge: Wir wollen die Gesundheit der Bevölkerung schützen, wobei die besonders gefährdeten älteren Menschen eines speziellen Schutzes bedürfen. Und wir wollen die volkswirtschaftlichen und sozialen Schäden möglichst geringhalten.

Der dilettantische Umgang von Gesundheitsvorsteher Alain Berset und der Mitte-links-Mehrheit mit der Pandemie verursacht aber genau dies: unkalkulierbare soziale und wirtschaftliche Schäden. Allein der aktuelle Lockdown verschlingt pro Stunde 6 Millionen Steuerfranken! Bis Ende Februar werden die Kosten rund 8,5 Milliarden Franken betragen – zusätzlich zu den 15 Milliarden Franken Schulden, die 2020 im Zusammenhang mit Corona gemacht wurden. Und hier sind die volkswirtschaftlichen Folgekosten noch nicht einmal eingerechnet. Diese verheerende Politik macht Bundesrat Alain Berset zum teuersten Bundesrat aller Zeiten! Er hält am Lockdown fest, obwohl alle massgeblichen Kennzahlen im Zusammenhang mit dem Coronavirus deutlich gesunken sind: die Zahl der Infizierten, die Sterberate und der sogenannte Reproduktionswert (R-Wert).

Um es noch einmal klar zu sagen: Für die SVP hat der Schutz der Gesundheit der Bevölkerung Priorität, aber wir dürfen die Arbeitsplätze und die Wirtschaft im Allgemeinen nicht vergessen. Wir haben im Jahr 2020 Tausende von Arbeitsplätzen verloren, und aufgrund der Entscheidungen des Bundesrates werden wir in diesem Jahr noch viel mehr verlieren. Als SVP-Präsident und Ständerat setze ich mich persönlich dafür ein, dass der Mittelstand die Zeche am Ende nicht gleich doppelt bezahlen muss: mit Geschäftsschliessungen und Lohn einbussen – und später mit höheren Steuern.

Die SVP stellt deshalb entschiedene Forderungen an den Bundesrat:

- Die Läden und Restaurants sind ab sofort wieder zu öffnen;
- Die Schulen müssen für den Präsenzunterricht offenbleiben;
- Für die Alters- und Pflegeheime sind endlich wirksame nationale Schutzkonzepte zu verfügen;
- An den Grenzen sind sofort systematische Kontrollen sowie Tests für die Einreisenden einzuführen;
- Tests sind auch auf Produktionsbetriebe und generell auf Unternehmen sowie in einem zweiten Schritt auf Veranstaltungen in Kultur und Sport auszuweiten;
- Die Quarantäneregeln sind bei einem negativen Testergebnis zu lockern;

- Die Impfung der Bevölkerung ist zu beschleunigen.

Die Zürcher SVP-Regierungsrätin Natalie Rickli hat völlig Recht, wenn sie den Bundesrat auffordert, die Impfungen rasch voranzutreiben. Die Kantone sind bereit, die Bevölkerung zu impfen – nur fehlt aufgrund der schlampigen Planung des Bundes der nötige Impfstoff.

Liebe Freunde, liebe SVP-Familie, damit komme ich, wie eingangs angetönt, zu den weiteren politischen Herausforderungen, die in diesem Jahr unser ganzes Engagement erfordern werden.

Die wichtigste von allen ist das Institutionelle Abkommen mit der Europäischen Union.

Während es in der Schweiz immer noch Unbelehrbare gibt, die den Knebelvertrag mit Brüssel unterzeichnen wollen, hat uns das Vereinigte Königreich einen alternativen Weg gezeigt. Einen Weg ohne Freizügigkeitsabkommen, ohne automatische Übernahme des EU-Rechts, ohne Guillotine-Klauseln und ohne die fremden Richter des Europäischen Gerichtshofs. Mit diesem Freihandelsabkommen hat das Vereinigte Königreich weiterhin erleichterte Wirtschaftsbeziehungen mit der EU – ohne seine Souveränität, Unabhängigkeit und Selbstbestimmung opfern zu müssen.

Die Schweiz braucht ein solides Freihandelsabkommen mit der EU, keinen kolonialen Akt der Unterwerfung unter Brüssel. Der Bundesrat muss sofort Verhandlungen in die Richtung aufnehmen, wie sie das von Grossbritannien unterzeichnete Abkommen vorgibt. Bundesrat Cassis hat der SVP vor seiner Wahl in die Regierung versprochen, in den Beziehungen zur EU den RESET-Knopf zu drücken – drei Jahre später ist es höchste Zeit, dass er dieses Versprechen endlich einlöst.

Wir werden gemeinsam mit euch weiter hart kämpfen, bis das Institutionelle Abkommen endgültig tot und begraben ist. Die SVP fordert vom Bundesrat: Übung "Rahmenvertrag" abbrechen! Souveränität und direkte Demokratie wahren!

Eine weitere entscheidende Herausforderung in diesem Jahr ist die Revision des CO<sub>2</sub>-Gesetzes. Am 12. Januar haben wir gemeinsam mit den Verbänden über 110 000 Unterschriften für das Referendum gegen das Gesetz eingereicht. Dank dieser überwältigenden Unterstützung wird das Schweizer Volk ein Mitspracherecht bei diesem teuren und wirkungslosen bürokratischen Monstrum haben. Die neuen CO<sub>2</sub>-Abgaben werden für eine vierköpfige Familie leicht zu Mehrkosten von über 1000 Franken pro Jahr führen. Darüber hinaus ist aufgrund der steigenden Kosten für den Transport von Waren mit allgemeinen Preissteigerungen bei Konsumgütern zu rechnen. Kämpfen wir gemeinsam für einen starken Schweizer Mittelstand und gegen den grünen Grössenwahn!

Über weitere wichtige Themen entscheiden wir bereits an der Volksabstimmung vom 7. März.

An erster Stelle steht die Initiative "Ja zum Verhüllungsverbot". Dies ist eine glasklare Initiative im Geiste des Liberalismus. Wisst ihr, ich kann es bis heute nicht fassen, dass es Politiker gibt, die sich dem Schutz der Rechte von Frauen verschrieben haben – und die jetzt in der ersten Reihe stehen, wenn es darum geht, die vorgeschlagene Verfassungsänderung zu versenken. Burka und Niqab sind Symbole für die Unterdrückung der Frau. Wir dürfen solche extremistischen Tendenzen in unserem Land nicht zulassen.

Um der Freiheit unserer Bürgerinnen und Bürger willen rufe ich euch auf, die Initiative hier und heute und dann natürlich an der Wahlurne am 7. März zu unterstützen.

Ein weiteres Thema, über das wir bei der kommenden eidgenössischen Abstimmung entscheiden werden, ist das Freihandelsabkommen mit Indonesien. Gerade als kleiner und unabhängiger Staat sollte sich unser Land nicht nur auf Europa konzentrieren, sondern sein Handelsnetz auf die ganze Welt ausweiten. Schon heute gehen fast 50 Prozent der Schweizer Exporte in Märkte ausserhalb der Europäischen Union. Ich hoffe, dass dieser Prozentsatz in Zukunft steigen wird – und wir immer weniger von Brüssel abhängig sein werden. In diesen wirtschaftlich schwierigen Zeiten wäre dieses Abkommen ein gesunder, frischer Wind für unser Land. Es würde auch den Schweizer KMU einen Konkurrenzvorteil bringen, da die EU kein solches Abkommen abgeschlossen hat. Bei den Verhandlungen war es der Schweiz und SVP-Bundesrat Guy Parmelin wichtig, dass auch auf die Bedürfnisse der einheimischen Landwirtschaft Rücksicht genommen wird. Durch Importbeschränkungen und strenge Vorschriften für Palmöl ist die Gefahr ausgeschlossen, dass die Produktion von Schweizer Raps- und Sonnenblumenöl konkurriert wird.

Damit komme ich zum Schluss, liebe Freunde.

Wie ihr seht, ruht sich die SVP nicht auf ihren Lorbeeren aus. Die Herausforderungen dieses Jahres gross, aber unsere Partei ist bereit, sich ihnen zu stellen, vor allem dank eures unermüdlichen Engagements. Ich bin euch für dieses Engagement unendlich dankbar – und auch künftige Generationen werden euch dankbar sein, dass sie weiterhin in einem freien, souveränen und unabhängigen Land leben.

Es lebe die Schweiz, es lebe die SVP!